

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/37

24. Februar 1976

Herbert Weichmann 80 Jahre

-----  
Ein kämpferischer Demokrat und Gentleman der Politik

Von Helmut Schmidt  
Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und  
stellv. Vorsitzender der SPD

Seite 1 und 2 / 64 Zeilen

Die CDU/CSU und der Kommunismus

-----  
Klarstellungen zu einem hochaktuellen Thema

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB  
Vorsitzender der Kommission für internationale Be-  
ziehungen beim SPD-Vorstand und Staatsminister im  
Auswärtigen Amt

Seite 3 und 4 / 54 Zeilen

Unions-Wundertüte für den Mittelstand

-----  
Die Anträge der CDU/CSU sind finanzwirtschaftlich  
unverantwortlich

Von Prof. Dr. Alex Möller MdB  
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und  
Bundesfinanzminister a.D.

Seite 5 und 6 / 60 Zeilen

Unsere Sicherheit ist gewährleistet

-----  
Greifbarer Erfolg konsequenter Politik der sozial-  
liberalen Koalition

Von Alfons Pawelczyk MdB  
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestags  
und Vorsitzender des Bundestagsunterausschusses für  
Abrüstung und Rüstungskontrolle

Seite 7 und 8 / 96 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Ehardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 129 408  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 50 37 - 38  
Telex: 06 86 646 - 40 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 6611

Herbert Weichmann 80 Jahre  
-----

Ein kämpferischer Demokrat und Gentleman der Politik

Von Helmut Schmidt

Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und stellv. Vorsitzender der SPD

Wer die Lebensleistung Herbert Weichmanns an seinem 80. Geburtstag zu erfassen versucht, sieht ihn im Kreise der großen sozialdemokratischen Bürgermeister. Für ihn gilt, was auch für Ernst Reuter und Wilhelm Kaisen und Max Brauer charakteristisch war: Sie leisteten Hervorragendes für die Städte, für die sie Verantwortung trugen, aber sie sehen die Probleme ihrer Städte stets in einem größeren Zusammenhang und dachten weit über die Grenzen der Kommunalpolitik hinaus; sie beteiligten sich einflußreich an der Meinungsbildung über die großen Fragen der deutschen und der internationalen Politik.

In Hamburg hat sich Herbert Weichmann, Preuße von Geburt und Haltung, schon nach kurzer Zeit den Respekt seiner Mitbürger erworben. Sie erkannten, daß hier ein Mann mit Hingabe für ihre Stadt arbeitete, der eine ganz starke politische Begabung ist, der einen unbestechlichen Sinn für Qualität hat und der weiß, daß gute Verwaltung eine Kunst ist. Er hatte sie in der Nähe des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun in Berlin studiert und sich später als ein Meister in ihr bewiesen. Herbert Weichmann, dem es nie in den Sinn gekommen ist, sich modischen Richtungen anzupassen, wird seit langem ganz selbstverständlich mit Hamburg identifiziert.

Die Bürger Hamburgs hatten ihn früh schon als einen der ihren akzeptiert. Sie schätzen ihn heute wie in den langen Jahren seiner Tätigkeit im Rathaus als einen der erfolgreichsten Botschafter hanseatischer Interessen nicht nur in Bonn, sondern auch im Ausland. Im Westen wie im Osten hat Herbert Weichmann seine Stadt Hamburg in Überzeugend hamburgischer Art repräsentiert. Als Präsident des Senats beeindruckte er seine Stadt durch ungewöhnlichen Fleiß und durch die Fähigkeit, Probleme intellektuell zu durchdringen, ein Konzept zu entwickeln und dieses in die Wirklichkeit umzusetzen.

Ein bequemer Mann ist Herbert Weichmann sicherlich nicht. Das hat er nie sein wollen. Auch ich habe manche Auseinandersetzung mit ihm gehabt. Dabei habe ich ihn als einen fairen, aber in der Argumentation entschiedenen

Mann kennengelernt. Wenn man das Wort von allem Klischee befreit, dann ist er ein Gentleman der Politik.

Als leidenschaftlicher Republikaner hat er stets und mit Entschiedenheit die Überzeugung vertreten, daß die Demokratie auf Autorität nicht verzichten könne. Mit Autorität allerdings meinte er die lateinische auctoritas, nicht die vordergründige Amtsauctorität. Autorität also gegründet auf Person und Leistung.

Herbert Weichmann ist ein Sozialdemokrat, der den Untergang der Weimarer Republik sehr bewußt miterlebt und der die Gründe für das Scheitern der ersten Demokratie in den Jahren der ihm aufgezwungenen Emigration genau analysiert hat. Als er, von Max Brauer gerufen, nach Deutschland zurückkehrte, hatte er für sich selber beschlossen, daß sich eine solche Entwicklung nicht wiederholen dürfe. Das war sein Credo.

Die Zerstörung der Demokratie durch deren Todfeinde läßt ihn bis heute besonders allergisch auf alle jene Kräfte reagieren, die, unter welchen Etiketten auch immer, versuchen, unsere freiheitliche Ordnung zu unterlaufen. Der kämpferische Republikaner und Demokrat Herbert Weichmann ist nicht bereit, sich auf Kompromisse mit jenen einzulassen, die den demokratischen Staat herausfordern. Seine besondere Sensibilität gegenüber solchen, die anmassend und ohne Bereitschaft zur Toleranz auftreten, hat ihm großen Respekt verschafft; denn er verteidigt die richtigen Prinzipien. Weichmann ist ein Stück Kontinuität sozialdemokratischer Politik aus den Tagen von Friedrich Ebert: Streitharter Demokrat, der immer bereit ist, alles für die Verteidigung der Freiheit zu tun, und der sich entschlossen gegen jene stellt, die die Grundrechte leichtfertig aufs Spiel zu setzen bereit sind.

Viele von uns Jüngeren beneiden Weichmann um die Gaben, die er im Lauf seines Lebens hat entwickeln können: die Fähigkeiten und Erfahrungen des Wissenschaftlers, des international erfahrenen Wirtschaftspolitikers und des kunstvollen Administrators, zugleich eine starke literarische Begabung, eine tief fundierte Bildung und die Fähigkeit, andere zu inspirieren.

Für seine Freunde ist und bleibt Herbert Weichmann ein Gesprächspartner, den man in Hamburg oder anderswo immer wieder zu treffen wünscht. Sein Rat ist immer durchdacht. Und immer hilfreich. (-/24.2.1976/bgy/e/pr)

+ + +

Die CDU/CSU und der Kommunismus

Klassetellungen zu einem hochaktuellen Thema

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB

Vorsitzender der Kommission für Internationale  
Beziehungen beim SPD-Vorstand und Staatsminister im Auswärtigen Amt

Der Generalsekretär der CDU sieht eine neue Europapolitik der Sowjetunion. In einer Hinsicht ist Prof. Dr. Kurt Biedenkopf recht zu geben: Die Sowjetunion hat heute ein realistischeres Verhältnis zur Europäischen Gemeinschaft. Sie weiß, daß trotz aller Schwierigkeiten diese Gemeinschaft eine Realität ist, und sie stellt sich darauf ein. Insbesondere die konsequente Haltung der Bundesregierung hat zu dieser Veränderung der sowjetischen Haltung wesentlich beigetragen.

Aber Prof. Biedenkopf meint nicht diese Veränderung der sowjetischen Haltung, sondern er meint in Wirklichkeit die von CDU/CSU aus wahltaktischen Erwägungen erträumte Volksfront zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Er weiß, daß es sie nicht geben wird. Er weiß auch, daß es zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten keine gleichen europäischen Zielvorstellungen gibt. Und trotzdem versuchen CDU/CSU immer wieder darüber zu reden.

Allerdings haben Christdemokraten allen Anlaß, sich mit der Frage des Kommunismus intensiv zu beschäftigen, z.B. mit der Frage, warum in Westeuropa gerade in Italien, wo seit Kriegsende die Christdemokraten die politische Verantwortung tragen, die Kommunistische Partei die größte und einflußreichste Partei in Westeuropa ist. Hier

24. Februar 1976

sind die Kommunisten zwar nicht an der Regierung beteiligt, aber sie werden praktisch zu jeder wichtigen Frage des Landes konsultiert. Ich erhebe keinen Vorwurf, ich stelle nur sachlich fest. Statt mit ihren politischen Freunden in Italien über diese Fragen zu reden, verbreitet man lieber Unwahrheiten über die SPD und ihren Vorsitzenden Willy Brandt.

Die Christdemokraten der Bundesrepublik, die hier in der Bundesrepublik für ein Verbot der Kommunistischen Partei eintreten, trotzdem sie wissen, daß dank sozialdemokratischer Politik die DKP bedeutungslos ist, treten in Spanien für die Zulassung der Kommunistischen Partei ein. Wahrscheinlich schon deshalb, weil sie annehmen, daß die Sozialistische Partei Spaniens dadurch geschwächt werden könnte.

Aber in Wirklichkeit geht es der CDU/CSU doch gar nicht um das grundsätzliche Verhältnis zum Kommunismus. Das zeigen die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Christdemokraten und chinesischen Kommunisten in aller Deutlichkeit. Hier handelt es sich ja nicht um Regierungskontakte, die auch wir entsprechend unserer Regierungspolitik so gut wie möglich gestalten wollen, sondern hier geht es um enge Parteikontakte zwischen Christdemokraten und Kommunisten. Daß es sich eindeutig um Parteikontakte handelt, zeigte sich besonders deutlich bei der Ausschaltung unseres Botschafters in Peking bei den Gesprächen, die die CDU-Politiker Dr. Alfred Dregger und Dr. Werner Marx in Peking geführt haben. Die Chinesische Kommunistische Partei bekennt sich nach wie vor zur Diktatur des Proletariats. Die Chinesische Kommunistische Partei verehrt nach wie vor Stalin als einen bedeutungsvollen kommunistischen Führer. In keinem Land der Erde gibt es mehr Kollektivismus als in China unter kommunistischer Herrschaft. Wir können diese Liste noch erheblich erweitern.

Das alles stört Christdemokraten überhaupt nicht. Wir nehmen das zur Kenntnis. Aber wir verbitten uns Verleumdung und Belehrung.

(-/24.2.1976/bgy/e/pr)

+ + +

Unions-Wundertüte für den Mittelstand

Die Anträge der CDU/CSU sind finanzwirtschaftlich unverantwortlich

Von Prof. Dr. Alex Müller MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und Bundesfinanzminister a.D.

Mehr als 20 Milliarden DM würde es die Staatskasse kosten, wenn die CDU/CSU ihr sogenanntes "strukturpolitisches Aktionsprogramm für kleine und mittlere Unternehmen und Freie Berufe" verwirklichen würde, das nunmehr im Bundestag vorgelegt wurde (Drucksache 7/4759). Wie ein Füllhorn nimmt sich der umfangreiche steuerliche Forderungskatalog aus, der so ziemlich alles enthält, was Unternehmern an der Besteuerung unbequem sein mag.

Zielsetzung des Oppositionsantrags ist es, "die Wettbewerbsnachteile kleiner und mittlerer Unternehmen auszugleichen und Chancengleichheit gegenüber Großunternehmen herzustellen". Ein aufmerksamer Beobachter der Oppositions-"Politik" bemerkt sofort, daß es sich bei den steuerpolitischen Vorschlägen um alte Hüte handelt. Bereits am 21. Oktober 1975 hatte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im wesentlichen die gleichen Maßnahmen "beschlossen". Allerdings sollten sie seinerzeit vor allem dazu dienen, die Arbeitslosigkeit zu überwinden, die Investitionsfähigkeit zu verbessern, angemessenes Wirtschaftswachstum bei stabilen Preisen zu erreichen und die Substanz insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen zu erhalten. Es handelt sich somit um eine echte Mehrzweckwaffe.

Im einzelnen wird folgendes beantragt: "Verbesserung" der degressiven Abschreibung, Senkung der Vermögensteuer, Steuererleichterungen zur Belebung der Bauwirtschaft, Erhöhung der Investitionszulage für Forschung und Entwicklung, Abzug von Schuldzinsen als Sonderausgaben bei der Einkommensteuer, Verzicht auf deren Hinzurechnung bei der Gewerbesteuer und schrittweiser Abbau der gesamten Gewerbesteuer. Bemerkenswert ist, daß diese Maßnahmen im allgemeinen ungezielt und ihre wohltätigen Wirkungen keineswegs auf den Mittelstand beschränkt sind. Bei den Abschreibungs-erleichterungen werden notwendigerweise vorwiegend kapitalintensive Betriebe und nicht die lohnintensiven Klein- und Mittelbetriebe begünstigt. Eine Verbesserung der 7b-Abschreibungen "zur Belebung der Bauwirtschaft" ist angesichts von Wohnungshaltern eine Maßnahme von zweifelhaftem Wert. Die ungezielte zusätzliche Förderung von Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen als eine Maßnahme für kleine und mittlere Unternehmen zu verkau-

fen, bleibt unrealistisch. Die Vorschläge zum Schuldzinsenabzug und zur Vermögenssteuererhöhung wollen die Revision der Steuerreform. Der Abbau der Gewerbesteuer kann nicht als Maßnahme der europäischen Steuerharmonisierung bezeichnet werden, wenn nicht gleichzeitig gesagt wird, wie der finanzielle Ersatz bewirkt werden soll.

Die Anträge der CDU/CSU sind verantwortungslos, weil sie nicht finanzierbar und nicht ehrlich sind, das heißt, den angegebenen Zweck einer gezielten Mittelstandsförderung nicht erfüllen.

Die gemachten Vorbehalte, daß Teile der Maßnahmen lediglich "mittelfristig einzuführen" seien, die Gewerbesteuer lediglich "schrittweise" abgebaut werden soll, tragen weder dazu bei, die Finanzierung sicherzustellen, noch die Wirkungsweise des "Konzepts" klarer zu machen.

Die Sparbeschlüsse der Bundesregierung erschienen der Opposition seinerzeit als nicht ausreichend. Mindestens sieben Milliarden DM sollten nach Ansicht der CDU/CSU zusätzlich gespart werden. Allerdings wartet die Öffentlichkeit noch heute auf konkrete Vorschläge. Ernst genommen haben sicher manche die Mitteilung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die am 18. März 1975 erneut beschlossen hatte, keine finanzwirksamen Anträge mehr zu stellen. In dem Beschluß heißt es wörtlich: "In den letzten Monaten wird die krisenhafte Entwicklung der öffentlichen Finanzen immer deutlicher sichtbar. Die Defizite von Bund, Ländern und Gemeinden werden immer bedrohlicher... Angesichts dieser Entwicklung wird die CDU/CSU-Fraktion bis auf weiteres keine ausgaben erhöhenden oder einnahmevermindernden Anträge stellen, sofern nicht eine grundsätzliche Änderung der wirtschaftlichen und politischen Lage eintritt."

Und nun ein neues Aktionsprogramm, das über 20 Milliarden DM kosten würde! Was ist das für eine hin- und herschwankende Opposition! Zum wiederholten Male wird von ihr der Beweis erbracht, daß man sie nicht mehr ernst nehmen kann.

(-/24.2.1976/bgy/e/pr)

+ + +

Unsere Sicherheit ist gewährleistet  
-----

**Greifbarer Erfolg konsequenter Politik der sozial-liberalen Koalition**

**Von Alfons Pawelczyk MdB**

**Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages und Vorsitzender  
des Bundestagsunterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle**

Der Verteidigungsetat für 1976 wurde im Verteidigungsausschuß des Bundestages einstimmig verabschiedet. Das wird viele überraschen, weil die Opposition in der Öffentlichkeit so tut, als ob die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland in höchstem Maße gefährdet sei. Die Opposition erweckt mit ihrer Argumentation den Eindruck, daß Sicherheit nur durch militärische Parität zum potentiellen Gegner herzustellen sei.

Die Sicherheit des eigenen Landes hängt von politischen, militärischen und wirtschaftlichen Faktoren ab. Die isolierte Betrachtung eines dieser Faktoren verzerrt die tatsächliche Situation. Die Entscheidungen, die aufgrund falscher Lagebeurteilung getroffen werden, können nicht nur für das eigene Land, sondern auch für die internationale Sicherheit verheerende Folgen haben. Die Opposition ist ständig in Gefahr, diesen Fehler zu machen. Sie argumentiert so, als ob ausschließlich die Zahl der Soldaten und Waffen Maßgabe für die Bewertung unserer Sicherheit sein könne. Indem sie derart einseitig vorgeht, entsteht in der Öffentlichkeit ein falsches Bild von unserer Sicherheit, die von der Opposition zerredet wird. Eine Bewertung der eigenen Sicherheit ausschließlich auf der Basis des militärischen Potentials führt zu einem Wettüsten mit atemberaubendem Tempo.

Der Grad der Bedrohung des eigenen Landes ergibt sich nicht bereits aus dem militärischen Potential, sondern erst in seiner Verbindung mit dem politischen Willen des Gegners, es einzusetzen. Spätestens seit der Cuba-Krise wissen wir, daß eine Aggression nicht unüberlegt ausgelöst wird, sondern daß sehr sorgfältige Risikokalkulationen vorgenommen werden. Vor- und Nachteile und vor allem die unberechenbaren Risiken sind die relevanten Bestimmungsfaktoren. Die Wahl zwischen Krieg und Frieden kann nicht beliebig getroffen und rückgängig gemacht werden. In Europa würde eine Aggression den Bündnisfall auslösen. Der militärisch Herausgeforderte befände sich in einer derart extremen Lage, daß unberechenbare Reaktionen die Folge wären. Das entzieht dem Herausforderer die Grundlage für eigene Risikokalkulationen.

Die politischen, militärischen und wirtschaftlichen Kräfte der NATO bedeuten in dieser Hinsicht für den Warschauer Pakt eine unkalkulierbare Größenordnung und setzen ihn für den Fall der Aggression einem unberechenbaren Risiko aus. Unsere äußere Sicherheit ist also gewährleistet.

Dieser politische Zustand ist keine Selbstverständlichkeit, sondern das Ergebnis einer realistischen Außen- und Innenpolitik der sozial-liberalen Koalition. Wir Sozialdemokraten hatten ein schwieriges außenpolitisches Erbe anzutreten. Im Jahre 1966, also zurzeit der CDU-Regierungskrise, befand sich die Bundesrepublik nicht nur in einer wirtschaftspolitischen, sondern auch in einer außenpolitischen Krise. Das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten aber auch zu Frankreich war erheblich gestört. Neben der atmosphärischen Störung im außenpolitischen Verhältnis zu den Vereinigten Staaten und zu Frankreich, waren in diesen Jahren einseitige Truppenab-

züge innerhalb der NATO zu verkraften.

Beispiele veranschaulichen den Sachverhalt: Mitte der 60er Jahre entschlossen sich die USA, die nukleare Parität der Sowjetunion zuzulassen. Frankreich zog 1966 seine Truppenverbände aus der NATO-Organisation zurück. Die USA zogen 30.000 Mann ab für den Vietnam-Einsatz, mehr als 15.000 "Spezialisten" allein aus der 7. US-Armee; als Ersatz wurden unausgebildete Rekruten zur Verfügung gestellt. Am 31. September 1967 war die Räumung Frankreichs von US-Truppen abgeschlossen; zugleich wurde bei dieser Gelegenheit die Stärke in Europa um 15.000 Mann reduziert. Im Zuge der Rotationsverhandlungen bis August 1968 wurden zwei Brigaden der 24. US-Division mit Versorgungsteilen (28.000 Mann) und vier Jagd-Staffeln (6.500 Mann) in die USA zurückgeführt. 1967 kürzte der damalige Bundesfinanzminister Franz Josef Strauß den Verteidigungsetat um über zwei Milliarden DM. Belgien reduzierte 1967/68 sein Kontingent um zwei Brigaden. Im April 1969 erklärte Kanada, daß es seine Kontingente in Europa um 50 vH kürzen würde.

Am 5. Juli 1968 richtete die Sowjetunion ein Aide-Memoire an die Bundesrepublik und die drei Westmächte. Sie brachte darin den Interventionsanspruch gegenüber der Bundesrepublik zum Ausdruck und bezog sich dabei auf die UNO-Charta.

Bei der Neukonzipierung der Außenpolitik kam es deshalb darauf an, einen Konsens mit den NATO-Staaten in der Weise herzustellen, daß a/ die gesamte Außenpolitik der NATO wieder auf eine gemeinsame Grundlage gestellt wird und b/ weitere einseitige Truppenabzüge unterlassen werden sowie c/ ein Gewaltverzicht mit der Sowjetunion erreicht wird.

Im Grunde ging es darum, die von allen NATO-Staaten akzeptierte Formel "Sicherheit und Entspannung" durch konstruktive Politik auszufüllen. Das hat die SPD/FDP-Koalition seit 1969 zielstrebig mit gutem Erfolg getan. Diese auf Entspannung ausgerichtete Außenpolitik muß sicherheitspolitisch abgedeckt sein. Deshalb haben wir auch große Anstrengungen unternommen, um unsere Bundeswehr zu einem Sicherheitsinstrument auszubauen, das im In- und Ausland anerkannt ist. Die sozialdemokratischen Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt und Georg Leber haben das Ziel in sechsjähriger harter Arbeit erreicht.

Wie groß der Erfolg ist, läßt sich am besten beurteilen, wenn die Studie "Gedanken zur Verbesserung der inneren Ordnung des Heeres" vom Juni 1969 zur Hand genommen wird. Dort wird der Zustand wie folgt beschrieben: "...Die Kampfkraft des Heeres sank trotz moderner und kostspieliger Rüstung, trotz eines beachtenswerten Budgetanteils, vor allem im letzten Jahr stark ab. Der Zeitpunkt, zu dem wegen fehlenden Nachwuchses an Offizieren und Unteroffizieren der äußere Rahmen der Armee nicht mehr erhalten werden kann, zeichnet sich ab..."

"Jedes Kurieren an Symptomen verspricht ebensowenig durchschlagenden Erfolg wie die Beseitigung einzelner Mängel. Nur eine Reform an 'Haupt und Gliedern', an Bundeswehr und Gesellschaft, mit dem Ziel, die Übel an der Wurzel zu packen, kann die Kampfkraft des Heeres entscheidend heben. Die zu einer Beurteilung des gegenwärtigen Zustandes festgestellten Kriterien wie fehlender Verteidigungswille im Volk, Anzeichen mangelnder Disziplin in der Truppe, Mangel an Selbstbewußtsein, mangelnde Elastizität des Führerkorps, unzureichende Ausbildung der Führer aller Grade, Resignationstendenzen im Führerkorps und unzureichende Integration der Bundeswehr in das Volk bedingen sich gegenseitig. In ihrer Abhängigkeit voneinander bilden sie den 'Teufelskreis', in dem eines das andere verstärkt..."

(-/24.2.1976/bgy/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller